

Eigenarbeit in einer dualen Wirtschaft

von Christine und Ernst von Weizsäcker, 1979.

Eigenarbeit, Dualwirtschaft, Subsistenzsicherung, Wagnisfinanzierung, Eigenbildung, Eigen-
gesundheit, Recht auf Selbsthilfe, Recht auf Selbstversorgung, Zeitsouveränität, Selbsthilfe-
kooperative, Selbstlernkreis, fehlerfreundliche Technologie, Nachbarschaftshilfe, Erpreßbar-
keit.

**Eigenarbeit ist die ursprüngliche Form der Arbeit. Die Arbeit, deren Produkte man kennt
und vielleicht liebt und die einem zu eigen sind, bis man sie für seine Hausgemeinschaft
verwendet oder verkauft; die Arbeit, deren Risiko man kennt und zu verantworten weiß. Ei-
genarbeit ist kein ökonomischer Begriff. Er ist aus dem Zorn geboren. Aus dem Zorn über
das politische Monopol der Ökonomen, der linken wie der rechten. Eigenarbeit ist etwas
Uraltes, Ökonomie ist vergleichsweise modern. Ist Eigenarbeit unmodern?**

- 1. Aus Zorn geboren**
- 2. Das schöne Gebäude bröckelt**
- 3. Sicherheit durch Eigenarbeit**
- 4. Duale Ökonomie**
- 5. Politische Schritte**
- 6. Einfach aber schwer zu machen.**

1. Aus Zorn geboren

Eigenarbeit umfaßt die Leistungen im häuslichen und nachbarschaftlichen Bereich. Wenn hier etwas geleistet wird, dann sind die Beschreibungsweisen der Ökonomie hilflos, wenn nicht pervers: Bleibe oder werde ich ohne Arzt gesund, so kümmert das die Ökonomen nicht. Bemühe ich den Arzt, dann wachsen »gesellschaftlichen Aufwendungen im Gesundheitssystem«. Hilfe ich der gebrechlichen Nachbarin, so merkt es kein Ökonom. Kommt eine Fürsorgerin, so hat der Staat privates Glück finanziert. Verprügele ich meine Kinder, bis ein Gericht sie mir wegnimmt, so rufe ich einen fetten Beitrag zur Erhöhung des Menschlichkeitsetats hervor.

Sieht man ein, daß Kinder in unseren Städten nicht heimisch sein können, so kommen die ökonomisch denkenden Politiker und fragen: Was kosten Kinderspielplätze und vielleicht Aufsichtspersonen? Ist Gift im Gemüse, so wird die Betriebsrechnung der Landwirte (es sind ja keine Bauern mehr) vorgeführt und, wenn es hoch kommt, neu durchdacht. Die Arbeitslosigkeit, die Energiesituation, der technische Fortschritt – alles Themen, die Politiker etwas angehen, bei denen sie aber Rat und Hilfe nur von der Ökonomie erwarten. Die sich links verstehende »politische Ökonomie« ergänzt die ökonomische Politik lediglich durch ein wieder ökonomisches Planungsinstrumentarium. Gewiß berufen sich beide Seiten propagandistisch auf Menschlichkeit, privates oder kollektives Glück. Aber der einzige reale Bezug zum Menschen liegt bei ihnen in der anthropologischen Grundannahme des Gewinnstrebens jedes Menschen (das die Liberalen nutzen und die Sozialisten kontrollieren wollen).

Nicht genug des Zorns. Spezifisch geschädigt vom Ökonomen-Monopol sind die Hausfrauen. Sie haben nicht die Macht der »Linken«: Sie können nicht streiken. Sie haben nicht die Macht der »Rechten«: Sie können kein Kapital akkumulieren. Sie sind erwerbslos, aber nicht arbeitslos. Wenn die Großverdiener ein »Arbeitsessen« als harte Arbeit beklagen, können die Hausfrauen nur zornig lachen.

2. Das schöne Gebäude bröckelt

»Ich könnte helfen, aber ich bin nicht zuständig«, sagte der Beamte und schlug den Ordner zu.

»Laß dem Lehrer seine Rechthaberei und duck dich –, er macht schließlich die Noten«, riet Mutter dem aufgeweckten Sohn.

»Halten Sie sich da raus!«, herrschte der Betriebsarzt den Ehemann der erkrankten Textilarbeiterin an.

Zuständigkeiten und Expertentum regieren den Alltag, beschneiden die Freiheit, vermitteln Ohnmachtsgefühle. Man duckt sich, man wird Experte, und dann rächt man sich.

Das ist keine sehr menschliche Gesellschaft. Aber immerhin funktioniert sie: Keiner erfriert und verhungert. Der Wohlstand wächst, weil die Fachleute ja effizient sind. Auch eine Art Gerechtigkeit ist da: Wer etwas leistet, erreicht etwas; jeder ist gleich vor dem Gesetz, und wem Unrecht geschieht, der kann sich beschweren. Und wenn die Politiker nicht gut tun, kann man sie abwählen.

Doch auch die schöne Seite des Gebäudes bröckelt. Arbeitsplätze sind Mangelware geworden. Wer keine Arbeit hat, ist draußen. Die Selbstversorgung, der selbstverständliche Rückhalt der bäuerlich-handwerklichen Kultur, ist kaum mehr möglich. Überaus beschwerlich ist der Beschwerdegang des ungerecht Behandelten. Und die Politiker? Bezüglich ihrer Haltung zu Wohlstand, Arbeit, Selbstversorgung sind sie ununterscheidbar.

Bauen wir das Gebäude von unten wieder auf! Aber wie? Erst alles abreißen und dann neu bauen? Nein, das wäre brutal, und es wäre genau der Hochmut von Experten und Technokraten, denen die Altbausanierung zu »teuer« ist und denen die Folgekosten egal sind. Vielmehr müssen wir vorsichtig, stückweise, menschlich vorgehen und dabei doch das Ganze im Auge behalten.

Doch warum nicht die Rezepte der Politiker und Ökonomen anwenden? Die sind doch ehrlich bemüht, die Krisensymptome zu heilen. Da gibt es zwar noch einen Establishment-internen Streit: »Den Keynesianern, die ein akutes und massives Nachfragedefizit diagnostizieren und für eine Aktivierung der Staatsnachfrage eintreten, stehen die Neoklassiker gegenüber, die also das Zentralproblem auf der Kosten- und Angebotsseite sehen«, die also Zurückhaltung bei den Löhnen als Heilmittel sehen.¹ Aber beide wollen Wachstumsmaximierung. Erweiterungsinvestitionen statt Rationalisierungsinvestitionen.

Ökologischer Selbstmord wäre die Folge. Denn weitere Ankurbelung führt (bei der Trägheit aller Prozesse) zu sicher 20 bis 50% höherem Pro-Kopf-Verbrauch als heute. Und schon der heutige Verbrauch auf demnächst 6 bis 8 Milliarden übertragen, ist nach allgemeiner Auffassung ökologisch nicht mehr aushaltbar. Besonders abwegig ist also die Formel: »Wir brauchen Wachstum, um damit das Wachstum in der dritten Welt zu finanzieren«. Selbst wenn wir statt 0,3 Prozent die proklamierten 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe ausgeben würden, oder auch das Dreifache davon, und selbst wenn durch ein Wunder diese Mittel alle den Massen in der Dritten Welt zugute kommen würden, dann würde sich durch jene Formel immer noch der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößern. Nein: Ökologisch realistische weltweite Gerechtigkeitspolitik würde von uns Schrumpfung, nicht nur Nullwachstum verlangen. Das fordern wir nicht. Wir wollen ja nicht als Spinner dastehen. Wir wollen zunächst bloß zeigen, daß die zwei streitenden Parteien im Establishment die eigentliche Frage noch nicht einmal stellen.

Hingegen stellen wir eine Frage ans Establishment: Führt denn Investitionspolitik heute noch wirklich zur Vermehrung der Arbeitsplätze? In Berlin ist mit Bundesmitteln seit zwanzig Jahren ungefähr diese Politik betrieben worden, mit viel Geld von außen (so daß sich das Land Berlin noch nicht einmal so tief verschulden mußte, wie uns die Keynesianer empfehlen, und die Berliner Arbeitnehmer nicht einmal so bescheiden werden mußten, wie die Neoklassiker empfehlen). Und was war die Folge? Ein rascherer Schwund von Arbeitsplätzen als im Bundesgebiet.

¹Christian Leipert, Alternative Wege künftiger Wirtschaftspolitik, in: Technologie und Politik Nr. 12, 1978, S. 16.

Führen wir die Attacke jetzt etwas grundsätzlicher: Was heißt eigentlich Wohlstand? Ist der Massai wohlhabender oder der Bauer in Anatolien oder der schwarze Arbeiter in Chicago? Nach dem rechnerischen Index ist ihr Wohlstandsverhältnis etwa 1:10:100. Beim Wohlbefinden mag es fast umgekehrt sein. Man lese hierzu Marshall Stahlin's »Stone Age Economics«, wo er mit dem Vorurteil aufräumt, steinzeitliches Leben sei von äußerster Kargheit bestimmt. Schlafen, Schwatzen, Spielen reichliche Nahrung und Freude beim Nahrungserwerb kennzeichnen das von Stahlin's gezeichnete Bild. Das geht nur bis zu einer bestimmten Bevölkerungsdichte. Aber das Bild ist geeignet, unsere Maßstäbe zurechtzurücken.²

Etwas gegenwartsnäher ist die Kritik von Ivan Illich, Jean-Pierre Dupuy und anderen am Leistungsbegriff.³ Das berühmte Auto Beispiel: Rechne die Stunden, die du brauchst zum Geldverdienen für Auto, Benzin, Reparaturen, Steuern zu den Fahrstunden dazu, und dann erhältst du eine verallgemeinerte durchschnittliche Geschwindigkeit. Was kommt heraus? 4 Stundenkilometer! So schnell wie ein Fußgänger. Die höchste verallgemeinerte Geschwindigkeit hat das Fahrrad. (Gewiß ist auch diese Rechnung milchmädchenhaft. Das Auto dient ja auch als Regenschirm, Einkaufskorb, Statusschmuck und Flirtstübchen. Die Berechnung wendet sich vornehmlich gegen die Ideologie, seit Einführung des Autos könne man pro Zeiteinheit wesentlich mehr erledigen).

Auch andere Fortschritte, etwa in der Medizin, der Ernährung, dem Hausbau, haben nicht unbedingt die gewünschte oder behauptete Leistung erbracht. Die Produktivität und das Sozialprodukt müssen neu definiert werden, statt daß wir uns auf das Abenteuer eines Wachstums einlassen, bei dem bekanntlich auch Verkehrsunfälle und Umweltreparaturen zur Steigerung des Bruttosozialproduktes beitragen.

3. Sicherheit durch Eigenarbeit

Neue Definitionen von Sozialprodukt und Produktivität sind notwendig und verdienstvoll; vernünftigerweise stellen sie den Begriff der Arbeit nämlich der bezahlten Arbeit, nicht auch noch in Frage. Das Phänomen der bargeldlosen Subsistenzwirtschaft wird durch sie also nicht beschrieben. Christine v. Weizsäcker hat für denjenigen Sektor der Arbeit, der durch die tauschwertbezogenen Ökonomien aller Arten nicht beschrieben wird, den Terminus Eigenarbeit eingeführt.⁴ Wir versuchen im folgenden, den Begriff zu erläutern, seine Nützlichkeit zu begründen und auf ihm aufbauend eine Art politisches Programm zu skizzieren:

Eigenarbeit ist die ursprünglichste Form der Arbeit. Die Arbeit, deren Produkte man kennt und vielleicht liebt und die einem zu eigen sind, bis man sie für seine Hausgemeinschaft verwendet oder verkauft; die Arbeit, deren Risiko man kennt und vielleicht liebt und zu verantworten weiß. Auch die Dienstleistung für persönliche Bekannte ist Eigenarbeit, ebenso die unausgesetzten Auswahl- und Entscheidungsleistungen des täglichen Lebens. Eigenarbeit wird in aller Regel in einer Gruppe und für eine Gruppe ausgeführt, der man sich zugehörig fühlt. Kinder und Jugendliche können sowohl Eigenarbeit leisten als auch den Sinn der Eigenarbeit Erwachsener nachvollziehen. Ähnliches gilt von Kranken und Alten. Bei Eigenarbeit gibt es kein »ich könnte Ihnen helfen, aber ich bin nicht zuständig«.

Was hat das aber mit der Arbeitslosigkeit und den Sozialproduktdefinitionen zu tun? Nun: der Begriff Eigenarbeit soll über weite Strecken sowohl den Begriff »Freizeit« wie den Begriff »arbeitslos« ersetzen und in der Wortwahl andeuten, daß eine nicht entfremdete Arbeit gemeint ist.

²Marshall Stahlin's: Stone Age Economics, Aldine 1972.

³Ivan Illich, Selbstbegrenzung, Reinbeck 1975; Jean-Pierre, Dupuy, Jean Robert, La trahison de l'opulence, Paris 1976.

⁴Christine u. Ernst von Weizsäcker, Manifest für ein Recht auf Eigenarbeit, in Technologie und Politik Nr. 10, 1978.

Angenommen, ich will einen Schrank haben, dann kann ich entweder 50 Stunden arbeiten und mit dem Geld in etwa einer Stunde Katalogstöbern, Ins-Möbelgeschäft-Gehen etc., den Schrank erwerben, oder ca. 20 Stunden arbeiten und vielleicht 20 Stunden bei Räumungsverkäufen, Sonderangeboten und Altmöbelhändlern verbringen, bis ich den geeigneten Schrank habe, oder ca. 10 Stunden arbeiten, Holz und Metallteile kaufen, gegebenenfalls zuschneiden lassen und vielleicht 40 Stunden Eigenarbeit aufwenden. Je nach Stundenverdienst in meiner Lohnarbeit, Spürnase bei Altwarenhändlern und Schreiner-geschick variieren die angegebenen Stundenzahlen. Analog ist der ökonomisierbare Teil des Abwägens der jungen Mutter, ob sie ihr Baby unter Verdienstausschlag stillen will oder lieber verdienen und Milchpulver kaufen will.

Jedoch ist nicht nur das Wohlbefinden nicht ökonomisierbar. Auch die Idee, daß die soziale Sicherheit ökonomisierbar sei, ist ein Selbstbetrug. Im Krieg oder in anderen schweren Krisenzeiten reißt das »soziale Netz«. Was nützt das Geld, wenn Nahrung, Kleidung, Heizung einmal nicht käuflich sind?

Jeder von uns ahnt die fundamentale Unsicherheit und Abhängigkeit, die entstanden ist, seit wir nicht mehr von den Produkten der Eigenarbeit und der Nachbarschaftshilfe leben. Quälend und alltäglich sichtbar ist diese Abhängigkeit für den Neger in Chicago; genau das macht ihn dem bettelarmen Bauern in Anatolien unterlegen.

Ist das ein Apell zur Bescheidenheit, zum Lohnverzicht? Nein, es ist ein Apell, den eigenen Vorteil auch entgegen den üblichen Maßwerten im Auge zu haben und politisch durchzusetzen. Als Vorteil werte ich die Möglichkeit von Familien- und Nachbarschaftsgruppen, erstens sich in Katastrophenzeiten selbst über Wasser zu halten und zweitens beim Hausbau, bei Bildungswünschen oder auch bei Überdruß mit den Bedingungen im Erwerbsleben teilweise oder zeitweise unabhängig von den Arbeitsplätzen zu sein. Ferner sehen wir die Wiedereinbeziehung aller Altersstufen in die Arbeit (soweit es freiwillig geschieht) sowie die Nicht-Entfremdung dieser Arbeit als Vorteil, und schließlich ist auch der ökonomisierbare Gegenwert der Eigenarbeit ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Nach unserer Auffassung ist die Erlaubnis der Selbstversorgung, der Selbsthilfe, der Eigenarbeit eine Art Grundrecht, das allenfalls durch höherwertige Grundrechte wie Schutz der Würde anderer eingeschränkt werden darf. Es könnte abgeleitet werden aus Artikel 1 GG (Die Würde des Menschen ist unantastbar...) oder Artikel 2 GG (Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit...). Aber es könnte in einer anderen Verfassung auch eigenständig formuliert werden.

Jeder Abhängige ist überdies eine Art Risiko für die Demokratie. Diktaturen stützen sich normalerweise auf Hierarchie von Abhängigen, und sie versuchen, die Zahl der Unabhängigen, derer, die sich selbst helfen, zu minimieren. Dem Idealbild des Demokraten entspricht der freie, nicht erpreßbare Bürger. Indessen sollte dieses Argument nicht überzogen werden, denn gegenwärtig ist das Netz gegenseitiger Abhängigkeiten auch ein unleugbarer stabilisierender Faktor.

Doch unabhängig von der gegenwärtigen neuen Situation bleibt allgemein festzuhalten, daß Erpreßbarkeit des einzelnen oder der Gruppen schlecht fürs Gemeinwesen ist.

Zu dem Grundaspekt der Selbsthilfe und der Eigenarbeit gehört die Forderung der Nicht-Erpreßbarkeit. Der Koran, aus sonnig-trockenen Ländern kommend, verbietet den Handel mit Wasser. Will sagen, daß der Handel nach religiösem Gebot nicht der lebensbedrohenden Erpressung dienen darf. Und wo stehen wir heute? Wir haben als Konsumenten, Klienten oder Arbeitssuchende zwar oft eine große Auswahl, aber keine Wahl. Wir können ohne den Handel nicht überleben. Eigenarbeit und Selbsthilfe sollen dazu beitragen, diesen unbefriedigenden Zustand latenter Erpreßbarkeit zu beenden.

4. Duale Ökonomie

Subsistenzsicherung, Erholung, sozialer Zusammenhalt, das sind Bedürfnisse, die sinnvollerweise durch vermehrte Eigenarbeit befriedigt werden. Aber es gibt unbestritten Bereiche, in denen Eigenarbeit höchst unzulänglich oder auch völlig unsinnig wäre: das Telefonnetz, die Auslandsreisen, die Landesverteidigung und zahlreiche z. B. instrumentgebundene Ausbildungen lassen sich nicht von den Großsystemen abkoppeln. Was soll diese neomodische Zweiteilung? Ist es nicht ein neues Kleid für die uralte Zweiteilung in Produktions- und Reproduktionssektor? Nein, fast im Gegenteil. Der Begriff Reproduktion – noch schlimmer als der Begriff Freizeit – reduzierte den Menschen auf die Produktivkraft für handelbare Produkte. Die neue Zweiteilung hingegen, so wie wir sie verstehen wollen, sieht die Eigenarbeit als gleichberechtigt an. Eigenarbeit ist nicht mehr wie in alten Zeiten ein das ganze Leben ausfüllendes Abrackern, sondern ein durchaus lustbetonter und doch überlebenswichtiger Teil. Auch die »primäre« Ökonomie ist nach heutiger Leseart überlebenswichtig. Für präziser halten wir aber folgende Aussage: Auf die primäre Ökonomie zu verzichten wäre heroisch oder asketisch, auf die sekundäre zu verzichten wäre Selbstmord. Die Möwe atmet und fliegt in der Luft, und sie nährt sich aus dem Wasser. Schlimm wäre sie dran, wenn ihr die zwei Elemente nur im 8-Stunden-Takt erlaubt wären. Die Zeiteinteilung muß sich nach Wetter und Jahreszeit, Fischschwärmen und Nahrungskonkurrenten richten. Sie darf aber auch Launen folgen. Die eigene Zeiteinteilung selbst bestimmen zu können ist eine der größten Freiheiten. Nicht nur die Würde der Möwe, auch die Würde des Menschen (Artikel 1 GG) leidet, wo Taktzwänge sind. Wohlgemerkt: Wir erkennen viele Zwänge, die sich aus dem Zusammenleben ergeben, als real an. Aber wir halten die Verminderung dieser Zwänge für ein aus dem Grundgesetz abgeleitetes Ziel.

Eine der wichtigsten Zeitfreiheiten betrifft den Rhythmus des Pendelns zwischen dem primären und sekundären Sektor, zwischen Lohnarbeit und Eigenarbeit. Denn es ist konstitutiv für Eigenarbeit, daß sie sich ihren eigenen Rhythmus schafft und nicht auf ein Klingelzeichen abbricht. Genauso ist es mit »humanistischer« Lohnarbeit.

Humanisierung der Arbeitswelt ist ein, wie wir finden, zweiseitiges Stichwort. Es ist ein Programm für die Primärökonomie, und daselbst natürlich unterstützenswert. Verschmutztes Wasser, giftige Fische bringen der Möwe den Tod oder Würdeverlust. Aber wenn sie auf Klingelzeichen die Luft verlassen und in sauberes Wasser mit sauberen Fischen tauchen muß, geht es ihr noch nicht gut.

Die duale Ökonomie ist eine notwendige Ergänzung des Humanisierungsprogramms. Eigenarbeit isoliert genommen wäre gewissermaßen das Programm »Humanisierung der Freizeit«. Aber die Isolierung steht zur Humanisierung im Widerspruch.⁵

5. Politische Schritte

Bisher haben wir uns weitgehend im Bereich der ketzerischen Analyse und der unverbindlichen Utopie bewegt. Wenn diese Gedanken das Bewußtsein unserer Bevölkerung erreichen, dann beflügeln sie es auch zu politischer Konkretion am eigenen Platz. Das ist viel wirksamer als irgend welche Rezepte, am Schreibtisch ersonnen. Dennoch wäre unser Gedankengang ganz unbefriedigend, wenn er nicht selber Beispiele von kleinen und großen Schritten in die vermutete Richtung aufzeigen würde.

Ganz im Vordergrund steht die Souveränität über die eigene Zeiteinteilung. Mit der Hoffnung auf eine paradiesische Verwirklichung von Grundrechten wollen wir uns nicht abspesen lassen. Die »Zeitsouveränität« ist ein politisches Programm, am gründlichsten formuliert von Bernhard Teriet.⁶ Alle Schritte, die der Vermehrung der zeitlichen Optionen des Arbeitnehmers dienen, sind Bestandteil des Programms, z. B. die flexible Altersgrenze, und noch besser der stufenweise Ruhestand; die Halbtagsbeschäftigung und noch besser die

⁵Willy Bierter, Der selbstproduzierende Konsument, in: R. Brun (Hrsg.), Der neue Konsument, Frankfurt 1979.

⁶Bernhard Teriets, Beitrag in diesem Band. Bernhard Teriets, Die Wiedergewinnung der Zeitsouveränität. In: Technologie und Politik, 1977, Heft 8.

Option auf einen beliebigen Prozentsatz der Vollbeschäftigung; die flexible Arbeitszeit und noch besser die völlige Freistellung des täglichen Arbeitsrhythmus; die freie Wahl der Urlaubszeit und – Dauer. Die Bezahlung einschließlich sozialer Sicherungen würde sich grundsätzlich an der Zahl der geleisteten Stunden orientieren. Der finanzielle Anreiz für gute und hochqualifizierte Tätigkeit bleibt selbstverständlich unberührt; er wird allenfalls verstärkt.

Jedem Realisten sträuben sich die Haare. Der Arbeitgeber sieht den Betrieb zusammenbrechen, der Käufer und Klient sieht sich dutzende Male vergeblich von Amt zu Amt von Laden zu Laden rennen, und Eheleute sehen den unausgesetzten Streit auf sich zukommen: »Mehr Maloche oder mehr blau geklopfte Finger bei der Heimarbeit?«

Solche ersten Einwände rechnen nicht mit der imposanten Anpassungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems: Selbstverständlich kann der Arbeitgeber Kontinuität, Pünktlichkeit, Übernahme von unbeliebten Stunden spezifisch belohnen. Er kann ferner Fristen vorheriger Ankündigungen von Zeitwünschen setzen, in bestimmten Bereichen Kernzeiten verlangen und notfalls innerbetriebliche Umsetzungen vornehmen. Das in den USA praktizierte »Job sharing« beweist, daß die Zuverlässigkeit der betrieblichen Funktionen in keiner Weise unter der Zeitsouveränität von Individuen zu leiden braucht.

Ein ganz anderes politisches Problem ergibt sich aus der Förderung der Eigenarbeit: Die Schwarzarbeit. Wir schlagen vor, nicht nur diejenige Eigenarbeit, die der direkten Subsistenzsicherung dient, sondern auch diejenige, die dem sozialen Zusammenhalt von Nachbarschaften dient, nicht als Schwarzarbeit zu bezeichnen und zu bekämpfen, selbst wenn dabei Geld fließt. Dem Staat sollten die Nachbarschaften wertvoller sein als die entgangenen Steuern, und das berufliche Handwerk sollte die Chance erkennen und wahrnehmen, in so verstandenen Nachbarschaften eine hervorragende soziale Rolle zurückzugewinnen; und sollten wider Erwarten einzelne Handwerker durch schwarze Konkurrenz in Bedrängnis geraten, so muß die Gesellschaft ihnen anders helfen als durch aufwendige Schwarzarbeit-Kontrolle.

Ein weiterer politischer Schritt zur Verwirklichung des Rechts auf Selbsthilfe: Die Selbstversorgung mit Energie muß gefördert statt behindert werden. Die öffentliche Versorgung darf keine Liefersperre androhen für jemand, der sich ganz oder teilweise und vielleicht zeitweise selbst versorgt, im Baurecht, Steuerrecht und Versicherungswesen kann so manche Einzelbestimmung dem Ziel angepaßt werden, Selbstversorgung zu unterstützen statt bürokratisch oder strafrechtlich zu behindern.

Sicherheitsbestimmungen sind es immer wieder, die den einzelnen oder die Gruppe an der Selbsthilfe hindern. Dem einzelnen und den Gruppen wird das Risiko fürsorglich weggenommen. Das kann auch auf Bevormundung (wie bei der Anschnallpflicht) und auf Abtötung der Selbsthilfe hinauslaufen. Sicherheitsbestimmungen verlangen nicht nur viel Expertenwissen, sondern auch viel Geld! Wo nicht direkt andere in Gefahr geraten, sollte hier zurückgedreht werden und sollten Selbsthilfekooperativen ermutigt und gefördert werden. Im Hausbau und der Renovierung könnte dann viel Terrain für die Eigenarbeit zurückgewonnen werden.

Die Enteignung der Selbstverantwortung ist besonders bedrückend und von Ivan Illich scharf kritisiert im Bereich der Bildung und Gesundheit. »Eigenbildung« würde auf eine Relativierung der Schulpflicht hinauslaufen, aber auch auf eine Förderung von Selbstlernkreisen Erwachsener und von privaten Trägern weiterführender Bildungsangebote. Gerade unter Progressiven sind das alles negative Reizworte. Die Einschätzung stammt aus einer Zeit, als Privatinitiative in erster, zweiter und dritter Näherung ein Privilegienproblem war. Heute ist es das allenfalls noch in erster Näherung. Und der Phantasie für gerechtigkeitsichernde Maßnahmen sind keine Grenzen gesetzt. Als konstruktives Beispiel verweisen wir auf das Gutscheinsystem in San Diego, Kalifornien, wo jeder Schüler einen Schulbesuchsgutschein hat, den er der Schule abliefern, und die Schule proportional zur Anzahl der Gut-

scheine bezahlt wird. Die Konkurrenz der privaten und öffentlichen Schulen um die Gutscheine wirkt sich auf die Schulen nur positiv und nicht privilegiertenverstärkt aus.

Auch die »Eigengesundheit« kann wieder entdeckt werden. Auch hierzu ein Beispiel aus Kalifornien: Die Health Maintenance Organisation (HMO) ist ein Ärzteteam, das auf freiwilliger Basis von Bewohnern eines Quartiers Krankenversicherungsprämie nimmt und dafür sämtliche Gesundheitsleistungen garantiert. Je gesünder die Leute sind, desto mehr verdient das Ärzteteam. (Anders als bei uns!) Dieser geschäftliche Anreiz an der Gesundheit führt dazu, daß die Ärzte sich für gesunde Ernährung und Lebensweise der Klienten interessieren und sie im Idealfall dazu bringen, ihren Körper, ihre Gesundheit wieder wirklich als ihre eigene Affäre aufzufassen. Letzteres ist wichtig gegenüber der neueren Warnung von Illich, daß die Präventivmediziner mit einer externen Gesundheitsdefinition den Menschen noch gewaltiger entmündigen als die bisherigen Ärzte.

Ein weiterer Ansatz zur Förderung von Eigenarbeit und Selbsthilfe: Berufsständische Monopolbildungen müssen abgebaut werden. Wo der Kunde oder Klient in mündiger Entscheidung die Eigenarbeitsware oder -Dienstleistung an Stelle der professionellen wählen könnte, ist ein Berufsmonopol nicht vernünftig. Wo aus Gründen des Kundenschutzes die Arbeit festen Standards unterworfen werden muß, können die Ausübungserlaubnisse sehr wohl auch für Laien erwerbbar gemacht werden: Führerschein statt Kraftfahrermonopol!

Viele modernen Berufsmonopole leben von einer Art Technologie, in welcher Fehler verheerend wirken. Nur der Spezialist versteht sich dort einigermaßen auf Fehlervermeidung. Der Abbau von Berufsmonopolen hieße darum auch eine Rückwendung zu fehlerfreundlicheren Technologien, in welchen die Fehler überschaubar und korrigierbar sind. Den Umgang mit ihnen kann auch der Laie lernen.

Fehlerfreundliche Technologie ist in aller Regel dezentral. Dezentralisierung ist darum auch eines der neuen großen Stichworte für Eigenarbeit und Selbsthilfe. Das braucht in keiner Weise »unmodern« zu sein! Die neuere Entwicklung der Mikroelektronik macht die Abkehr von der Massenfertigung ganz unerwartet wieder wirtschaftlich.⁷ Darüber hinaus sollte es einer ernsthaften Erwägung wert sein, künstlich Verkehrswege zu versteuern. Das geht nur durch internationales Vorgehen, wird aber durch verheerende Entwicklungen der internationalen Arbeitsteilung durchaus nahegelegt: Durch Beschleunigung und Verbilligung des Transports sind Fertigungsketten in sehr ungesunder Weise zerstückelt worden; viele Fabriken, die nur als Glied der internationalen Kette brauchbar sind, werden nach weniger als 10 Jahren als nicht mehr wirtschaftlich verlassen und werden zum Ausgangspunkt sozialen Zerfalls. Die Arbeiter wurden aus der Subsistenzökonomie herausgerissen mit großen Verlockungen oder mit Zwang; die Eigenarbeit erscheint auf einmal rückständig und zerfällt und ist nach wenigen Jahren nicht wieder herstellbar.

Überall dort, wo Privatinitiative und Firmeninitiative angesprochen ist, um Selbsthilfe und Eigenarbeit wiederherzustellen, ist unter den heutigen Bedingungen ein Wagnis damit verbunden. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie spricht auf technologischem Gebiet von Wagnisfinanzierung. Auch die sozialen Erfindungen, um die es uns hier geht, sollten in geeigneten Fällen durch eine Wagnisfinanzierung gefördert werden. Für die Epigonen, die aus den Fehlern der Pioniere lernen können, ist das Wagnis dann gering, braucht also nicht mehr öffentlich gefördert werden.

6. Einfach aber schwer zu machen.

Dies war eine Palette von politischen Maßnahmen, die eine für Eigenarbeit entschlossene Gesellschaft unseres Erachtens ohne jede wirtschaftliche Verschlechterung treffen könnte. Einige in dieser Gesellschaft würde es allerdings schädigen. Und von denen sind Widerstände zu erwarten. Die Widerstände werden u. a. im Gewande von Argumenten auftreten, daß das Ganze der Allgemeinheit schade.

⁷Amory Lovins, Sanfte Energie, Reinbek 1978.

Die Verteuerung des Transports stört die, die vom Transport leben und verschlechtert die Wettbewerbssituation für überregionale und internationale Firmen (was ja beabsichtigt wäre). Die Zunahme der Selbstversorgung »kostet Arbeitsplätze« und gefährdet den Gewinn, womöglich die Existenz von Versorgungsbetrieben. Auch das beruflich betriebene Handwerk kann stellenweise in Bedrängnis geraten. Für die Banken ist eine Steigerung der Selbstversorgung zu Lasten des Bargeldflusses und der Warenströme ein Geschäftsverlust. Versicherungen leben vom enteigneten Risiko. Bürokratien, die natürlich viel Arbeitsplatzsicherheit für ihre Teilhaber schaffen, sähen ihre Berechtigung schwinden. Gewerkschaften, die traditionsgemäß in großen Firmen eine viel stärkere Position haben als in kleineren und die im Handwerk oder in der Eigenarbeit gar nichts zu melden haben, würden einen empfindlichen Machtverlust erleiden. Berufsverbände generell haben sicher etwas gegen Ausübungserlaubnisse für Laien.

Insgesamt kann eine Kettenreaktion von Arbeitsplatzschwund die Folge sein, wenn die oben beschriebenen Wege begangen werden. Da tröstet es wenig, wenn man mit gesundem Menschenverstand feststellt, daß dort keine Leistungen geopfert werden soll, sondern, daß ja der Sozialetat des Staates auf Dauer wesentlich entlastet werden kann, wenn viele soziale Dienste wieder in Eigenarbeit geleistet werden können, wenn die Bevölkerung durch Eigengesundheit weniger krank ist und wenn die Versorgungsansprüche proportional zur (zeitsouveränen) Arbeitsentlastung abnehmen. Auch andere öffentliche Leistungen im Bereich Bildung, Gesundheitswesen sollten ohne Schaden für den Bürger gedrosselt werden können. Aber verschließen wir nicht die Augen: Die Durchsetzung eines Rechts auf Eigenarbeit in einem modernen Industrieland ist ein jahrzehntelanger, alle Lebensbereiche berührender und durchaus nicht konfliktfreier Prozeß. Wären nicht die Perspektiven des fortgesetzten Wachstums dermaßen finster, dann würden wir auch nicht zum Aufbruch in Richtung Eigenarbeit aufrufen – sondern uns ganz friedlich zu Hause der eigenen Eigenarbeit widmen!

Weizsäcker, Christine von; Weizsäcker, Ernst von: **Eigenarbeit in einer dualen Wirtschaft**. In: Huber Joseph (Hrsg.): Anders arbeiten – anders wirtschaften. Dual-Wirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein. 1. Auflage 1979. 2. Auflage Fischer: Frankfurt am Main, 1985, Seite 91-103.

Christine von Weizsäcker cvw@ecoropa.de, Ernst von Weizsäcker ernst@weizsaecker.de
http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Ulrich_von_Weiz%C3%A4cker
http://www.bren.ucsb.edu/people/Faculty/ernst_von_weizsacker.htm
<http://ernst.weizsaecker.de/?p=347&language=de>

Weizsäcker, Ernst von: „**Eigenarbeit**“ und **Eigenenergien**. In: Langniß, Ole; Pehnt, Martin (Hrsg.): Energie im Wandel. Politik, Technik und Szenarien einer nachhaltigen Energiewirtschaft. Heidelberg 2001, S. 75-82. <http://ernst.weizsaecker.de/?p=347&language=de>

Kühnlein, Irene: **Weniger Erwerbsarbeit – mehr Eigenarbeit?** Chancen und Potentiale Öffentlicher Eigenarbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 48-49 (1997), Seite 41-46. http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/weniger_erwerbsarbeit.pdf

Siebenhüner, Bernd: **Homo sustinens**. Bielefeld, 2000. <http://www.sowi-online.de/journal/nachhaltigkeit/siebenhuener.htm>

Bonß, Wolfgang: **Zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit**. Ein Beitrag zur Debatte um die Arbeitsgesellschaft. In: Arbeit. Jhrg. 11 (2002), Heft 14, Seite 5-20. <http://www.zeitschriftarbeit.de/docs/1-2002/bonss.pdf>

HEI nun oder nie. **Können Sie sich etwas unter Eigenarbeit vorstellen?** DVD, 20'. 1991. Bezugsquelle: <http://www.hei-muenchen.de/kontakt/index.htm>

Mobile Akademie und Offene Werkstätten sowie Interkulturelle Gärten der Stiftung 'anstiftung-ertomis'. **Praktikvermittlung** und Austauschtreffen im **Netzwerk Offene Werkstätten**. http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/opencms/mobile_akademie/

EigenArbeit-**Besichtigungstouren** <http://www.washtours.com/pdf/tour.pdf>

Eigenproduktionsstätten in **Neue Arbeit, Neue Kultur** Orten
<http://www.dorfwiki.org/wiki.cgi?NeueArbeit/Orte>